

Niederschrift

über die 21. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 03.02.2022

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Unterbrechungen: 16:40 Uhr bis 16:55 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 40 Mitglieder der Stadtvertretung
93,02 %

Entschuldigt fehlen: Ratsherr **Fink** (AfD)
Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE)
Ratsfrau **Dörnbrack** (CDU)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 21. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr Stegemann die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 25.01.2022). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 20. Sitzung der Stadtvertretung am 09.12.2021

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Vorlage: INF/VII/0109

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bezieht sich auf Punkt 2.6.1. – Luftfilteranlagen in Schulen – des Berichtes. Er trägt eine Chronik der Befassung der Stadtvertretung mit diesem Anliegen, beginnend mit der entsprechenden Beschlussfassung am 22.04.2021 über die Beratung in diversen Fachausschüssen, vor. Es wird dargestellt, dass die mobilen Luftreiniger als geeigneter befunden werden. Ratsherr Kowalick tadelt, dass Zeit verschenkt wurde und zum Höhepunkt der Pandemie immer noch nicht alle Schulen mit Luftfilteranlagen ausgerüstet sind. Er fragt: Welche Kosten entstanden für die Feststellung des Zustandes der Nichtnutzung der stationären Luftfilteranlagen (Beauftragung eines Planungsbüros mit einem entsprechenden Gutachten)? Ab welchem Datum sind alle Schulen in kommunaler Trägerschaft mit mobilen Luftfilteranlagen ausgestattet?

Herr **Meyer zu Schlochtern**, Leiter des Fachbereiches Schule, Kultur, Sport und Recht, erläutert, dass an den Grundschulen Mitte und Süd die Einbauarbeiten der stationären Luftfilteranlagen abgeschlossen sind und in der Regionalschule Ost die Arbeiten am 4. Februar abgeschlossen sein werden. Die Ausrüstung der verbleibenden vier Schulen erfolgt in den Winterferien. Er erläutert die notwendigen Vorbereitungen für den Einbau der Luftfilteranlagen und stellt in Aussicht, dass nach Ende der Winterferien alle Schulen, die dafür vorgesehen sind, mit betriebsfertigen Luftfilteranlagen ausgestattet sind.

Auf eine Nachfrage von Ratsherrn **Kowalick** erläutert Herr **Witt**, Oberbürgermeister, dass bestimmte Luftfilteranlagen an der Raumdecke fest verbaut werden müssen, dort jedoch auf Schienen beweglich bleiben, weswegen sie trotzdem als stationäre Anlagen bezeichnet werden.

Die erste Frage wird schriftlich beantwortet und erhält die DS-Nr. ANF/VII/0116.

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Aussage von Herrn Meyer zu Schlochtern, dass alle Schulen, „die dafür vorgesehen sind“, ausgerüstet werden und fragt nach dem Umgang mit den anderen Schulen.

Herr **Witt**, stellt richtig, dass die Bedarfe, die in den Schulen ermittelt wurden, abgearbeitet werden.

Ratsfrau **Wegner** fragt weiter zu Punkt 2.3.3. – Wallanlagen Spielplatz – des Berichtes: Sie zitiert den letzten Satz des zweiten Absatzes und möchte wissen, was unter einer „zurückhaltenden Bepflanzung“ zu verstehen ist.

Herr **Witt** sichert die schriftliche Beantwortung der Frage zu. Er geht von einer sprachlichen Umschreibung des Planentwurfes aus. Der Entwurf wird der Antwort angelegt.

Die Frage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0117.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Punkt 2.3.4. des vorgelegten Berichtes des Oberbürgermeisters und fragt an, ob zu beziffern ist, wie viele der 30 % wohngeldberechtigter Haushalte, um die sich die Gesamtzahl der wohngeldberechtigten Haushalte seit Beginn der Pandemie erhöht hat, darauf zurückzuführen sind, dass die Angehörigen im Niedriglohnsektor unterwegs sind und aufgrund von Kurzarbeit nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, sichert eine schriftliche Antwort entsprechend der zugänglichen Datenlage zu.

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0118.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, informiert über die Mandatsniederlegung von Ratsherrn Prof. Dr. Northoff zum 28.02.2022. Als Ersatzperson wurde Herr Morris Krüger durch den Gemeindevahlleiter benannt. Herr Krüger hat das Mandat angenommen und erwirbt zum Zeitpunkt des Ausscheidens von Ratsherrn Prof. Dr. Northoff die Mitgliedschaft in der Stadtvertretung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg.

Weiterhin informiert Ratsherr Stegemann über die Ausfertigung der Resolution des Präsidiums der Stadtvertretung an die Bundesverantwortlichen zum Erhalt der Frühchenstation – Perinatalzentrum, Level 1 - im Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum. Der Chefarzt der Klinik für Kinder und Jugendmedizin, Dr. med. Sven Armbrust, wird ebenfalls darüber in Kenntnis gesetzt, dass der entsprechende Beschluss der Stadtvertretung, im Juli 2021 gefasst, so auch umgesetzt wurde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert aus den Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages. Thema war die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Diese wird im Kontext einer allgemeinen Impfpflicht gesehen. Er berichtet weiter über den Entwurf eines Positionspapieres zum Spannungsfeld von kommunaler Denkmalpflege und kommunalen Klimaschutzkonzepten.

Außerdem informiert er über ein Grundsatzpapier zur kommunalen Sportpolitik und Sportförderung. Hier steht im Fokus, welche Angebote die Kommunen außerhalb des organisierten Sports zur Verfügung stellen können.

In einer Erklärung des Deutschen Städtetages zur aktuellen Situation zwischen Russland und der Ukraine wird an die Möglichkeiten des Dialogs, der Diplomatie und der Kommunikation appelliert. Vermittelnd kann der Ausbau der Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene wirken.

Zuletzt erinnert Herr Witt an die Information über die Teilnahme der Stadt an Förderprogrammen für die Aufwertung der Innenstädte. Er zitiert ein Schreiben der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, in dem Ministerin Geywitz die Vier-Tore-Stadt dazu beglückwünscht, eine von 238 aus 12.000 ausgewählten Kommunen zu sein, die an dem Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ teilnehmen werden. Der finale Antrag ist bis zum 28.02.2022 zu stellen. Ziel des Förderprogramms ist es, die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung akuter und struktureller Problemlagen der Innenstädte zu unterstützen, indem diese als Identifikationsorte der Kommunen zu multifunktionalen, resilienten und kooperativen Orten entwickelt werden.

Ratsfrau **Strelow** (AfD) stellt für Bürger aus dem Stadtgebiet Süd eine Frage zu zwei Parkbänken, die im äußeren Gebiet der Gedenkstätte Fünfeichen in Richtung des südlichen Gräberfeldes standen. Nachdem eine Bank defekt war, wurden beide Bänke ersatzlos abgebaut. Die Bänke werden sehr vermisst. Bleibt der Zustand so?

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0119.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) gratuliert dem Oberbürgermeister zu seiner Wiederwahl und macht auf die geringe Wahlbeteiligung aufmerksam. Ratsfrau Kanew moniert, dass die Stadtverwaltung nicht genug für den Erhalt des Baumbestandes in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg sorgt. Ihrer Meinung nach stimmt das Verhältnis von Baumfällungen und Ausgleichspflanzungen nicht. Sie fordert die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.

Herr **Witt** betont, dass Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und entgegnet, dass die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg durchaus darauf bedacht ist, den Baumbestand ausgeglichen zu halten und, wenn auch in der Innenstadt nicht immer möglich, Nachpflanzungen im Nemerower Holz, Brodaer Holz beispielsweise für diesen Ausgleich sorgen. Natürlich muss der Fokus immer wieder neu darauf ausgerichtet werden.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) fragt bezüglich der Änderungen beim Bauvorhaben Marien-Carrée nach, wie der aktuelle Stand der notwendigen Änderungen des B-Planes und des Rahmenplanes aufgrund der geänderten Pläne des Investors ist.

Herr **Witt** antwortet, dass ein Bauantrag vorliegt und im Ausschuss darüber informiert werden wird, welche Nutzung dieser vorsieht und welche Arbeitsschritte demzufolge vorzusehen sind.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) fragt für Anwohnende der Rosenstraße 16 – 18 an, ob die freie Giebelfläche des Hauses als Parkmöglichkeit zur Verfügung zu stellen wäre, gern auch als anzumietende Anwohnerparkplätze. Er begründet dies mit der schwierigen Parksituation, die vor allem Schichtarbeitende betrifft, die nach der Arbeit oft keinen Parkplatz finden.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, führt aus, dass die Straßenraumnutzung in der Innenstadt per se schwierig ist. Er schlägt eine Terminvereinbarung für die nächste Woche vor. Den Vorschlag nimmt Ratsherr Kuhnert an.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) dankt den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die für die Genehmigung von Demonstrationen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zuständig sind. Weiterhin dankt er der Polizei für die Begleitung dieser Demonstrationen.

Ratsherr **Stegemann** unterbricht Ratsherrn Kadow, nachdem dieser behauptet, dass die Regierungen eine „Corona-Diktatur“ mit dem Mittel der Angstmacherei installieren, mit der Begründung, dass politische Statements, die mit den momentanen Themen der Kommunalpolitik nichts zu tun haben, nicht in diese Gremiensitzung gehören.

Ratsherr **Schnell** (AfD) bezieht seine Anfrage auf die durch die Corona-Pandemie belasteten Unternehmen in der Stadt. Er bittet um eine Übersicht für das 4. Quartal 2021 und den Monat Januar 2022 (falls schon vorliegend), wie viele Gewerbeabmeldungen zu verzeichnen sind und wie viele dieser Abmeldungen den Bereichen Gastronomie und Einzelhandel zuzuordnen sind.

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0120.

Ratsfrau **Arndt** (AfD) bezieht sich auf das Objekt Brauereistraße 77, das seit mehreren Jahren leer steht, in desolatem Zustand ist und bereits Opfer von Vandalismus wurde. Sie bittet darum, dass mit den Eigentümern über die Vornahme von Sicherungsmaßnahmen gesprochen wird.

Das wird von Herrn **Modemann** zugesagt.

Ratsherr Dr. Reiner **Wieland** (DIE LINKE) stellt bezüglich der Bauvorhaben in der Oststadt fest, dass dort ausreichend Möglichkeiten für Spiel und Sport sowie das Zusammensein aller Generationen geschaffen werden.

Weiterhin bittet er, bezüglich des Beschlusses der Stadtvertretung, Bund und Land anzubieten, Flüchtlinge aus Moria auch in der Vier-Tore-Stadt unterzubringen, bei der neuen Landesregierung nochmal nachzuhaken.

Zuletzt bezieht er sich auf die Perspektive der Grundschulen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und erinnert, dass die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern dringend Berechenbarkeit benötigen.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) spricht angesichts der fortgeschrittenen Zeit die Empfehlung aus, die zuletzt verlautbarten Beiträge in den Ausschüssen zu besprechen. Es seien Themen, die von der Verwaltung sofort abgearbeitet werden.

Ratsherr **Messner** (CDU) fragt zu den derzeitigen Aufschüttungsarbeiten Kieselsee Oststadt/Carlshöhe, ob es dort Planungen zu diesen Bauaktivitäten gibt, die der Stadt bekannt sind.

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0121.

Weiterhin bittet Ratsherr **Messner** um den aktuellen Stand der Vermarktung des Grundstückes Demminer Straße/Trockener Weg. Es soll ein Schreiben mit einer Fristsetzung an die Kaufinteressenten geben. Er möchte wissen, wie die Frist gesetzt ist.

Herr **Schwabe**, Betriebsleiter EBIM, führt zum Grundstück Demminer Straße aus, dass in den letzten zwei Jahren zwei Beschlüsse in der Stadtvertretung zur Veräußerung dieser Grundstücke gefasst wurden. Mittlerweile haben die Erwerber auf diesen Grundstücken baulich nichts getan. In der nächsten Sitzung der Stadtvertretung im März werden Vorlagen zu Rückabwicklungsbeschlüssen beraten werden, um die bisher gefassten Beschlüsse rückabzuwickeln. Anschließend können die Grundstücke erneut in ein Ausschreibungsverfahren gegeben werden.

Zu einem angekündigten steuerfreien Corona-Bonus für Beamte des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern fragt Ratsherr **Messner** an: Betrifft diese Zahlung auch Beamte der Stadtverwaltung? Wenn ja, wie viele Beamte sind das? Wie hoch sind die Zahlungen insgesamt? Erfolgt die Finanzierung aus dem städtischen Haushalt?

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0122.

Ratsherr **Donner** (SPD) nimmt Rückbezug auf die Äußerungen von Ratsherrn Kadow und bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass eine in Deutschland demokratisch gewählte Legislative und Exekutive mit dem Begriff der Diktatur bezeichnet und damit verunglimpft wird.

Ratsherr **Gille** (SPD) hatte erwartet, dass der Stadtpräsident nach dem Ausscheiden von Ratsherrn Prof. Dr. Northoff aus der Stadtvertretung für diesen ein Wort des Dankes hat.

Ratsherr **Stegemann** antwortet, dass er dies selbstverständlich zu einem späteren Zeitpunkt vorhatte.

Ratsfrau **Balschat** (CDU) bittet um Aufstellung öffentlicher Sitzmöglichkeiten für Anwohnende im Bereich Rotdornstraße/Weißdornweg. In diesem Bereich wohnen viele Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und die vorhandenen Sitzbänke stehen auf privaten Grundstücken.

Die Anfrage erhält die DS-Nr. ANF/VII/0123.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, informiert als Gemeindevahlleiter darüber, dass mit Datum 31.01.2022 ein Einspruch gegen die Wahl des Oberbürgermeisters eingereicht wurde. Es ist nun ein förmliches Verfahren einzuleiten. Herr Modemann stellt den Antrag beim Stadtpräsidenten, in nächstmöglicher Zeit eine außerordentliche Stadtvertretersitzung einzuberufen.

Ratsherr **Stegemann** kündigt den 10.02.2022, 15:00 Uhr, heutiger Sitzungsort, als Termin für diese Sondersitzung an.

TOP 7 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, schlägt vor, in Präsenz zu tagen, damit die geschobenen Personalvorlagen zu Umbesetzungen der Ausschüsse behandelt werden können.

Abstimmungsergebnis: Dem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 8 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 9 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 10 Doppischer Haushaltsplan 2022

- Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen**
 Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
- Band 2 Stellenplan**
- Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen**
- Vorlage: BV/VII/0323 – 3 Änderungsblätter**

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) fasst wichtige Meilensteine bei der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanes zusammen. Der jahresbezogene Haushaltsausgleich für 2022 und der Ausgleich bis 2025 können dargestellt werden. Sie appelliert, trotz neuer Spielräume und Überschüsse Entscheidungen über die Verwendung finanzieller Mittel nicht leichter als bisher zu treffen. Gemeinsam sollte dafür Sorge getragen werden, nicht wieder die Haushaltshoheit über den Haushalt zu verlieren und die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zukünftig klug und nach bestem Wissen und Gewissen zu gestalten.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) blickt ebenfalls auf die Erarbeitung und Entwicklung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes zurück. Auch sie mahnt zu vorsichtigem Umgang mit dem Überschuss aus 2021 und der Entscheidung, einen Teil davon in Investitionsmittel umzuwandeln. Für die Zukunft wünscht sie sich in ähnlichen Fällen die Vorlage von mindestens zwei alternativen Optionen für den Umgang mit Überschüssen. Für die Fraktion DIE LINKE macht sie auf deren Unzufriedenheit mit der Umstrukturierung der Verwaltung laut diesem Haushaltsplan und mit ungenügend erläuterten investiven Maßnahmen im 2. Änderungsblatt aufmerksam.

Beim Finanzservice der Verwaltung bedankt sie sich für die geleistete Arbeit in kurzen Zeiträumen.

Ratsherr **Schnell** (AfD) erinnert, dass es sich bei den Haushaltsmitteln um Steuergelder handelt, welche die Arbeitenden und Unternehmerinnen und Unternehmer dieser Stadt durch ihre Arbeit erwirtschaftet haben. Er bescheinigt der Verwaltung mit Dank, die Situation der letzten

beiden Jahre gut gemeistert zu haben. Ratsherr Schnell bittet, zu überlegen, ob im Kreistag der Erhöhung der anstehenden Kreistagsumlage zuzustimmen ist. Grundsätzlich wird seine Fraktion dem Haushalt zustimmen, wirbt jedoch für maßvollen Umgang mit Überschüssen und daraus entstehenden Begehrlichkeiten.

Ratsherr **Stieber** (SPD) dankt der Verwaltung und dem Finanzausschuss für das gute Ergebnis des Haushaltsplanentwurfes

Ratsherr Prof. Dr. **Freigang** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt im Namen der Fraktion ebenfalls allen am Haushalt Mitwirkenden. Er hofft, dass bald – wenn es weniger um Entschuldung, sondern mehr um Entscheidung geht - wieder über eine zukunftsfähige, sinnvolle, klimafreundliche Nutzung des Areals des Flughafens nachgedacht werden kann, da ja hinlänglich bekannt ist, dass die Zukunft der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg nicht von der Erreichbarkeit auf dem Luftweg abhängt. Vielmehr sollten Projekte gefördert werden, die die Stadt für junge Menschen attraktiver machen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen, einer Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 21/10/2022**

TOP 11 Doppischer Haushaltsplan 2022
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VII/0324 – 2 Änderungsblätter

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen, einer Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 21/11/2022**

TOP 12 Entlastung der Veranstaltungsbranche der Vier-Tore-Stadt-Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0339

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 21/12/2022**

TOP 13 Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung eines Ölgemäldes der
Föreningen Konstsamfundet r. f. für das I. Quartal 2022
Vorlage: BV/VII/0347

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 21/13/2022**

TOP 14 Schwimmbad Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0341 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) geht in seinen Ausführungen zur Chronologie der Beschäftigung der Stadtvertretung mit der Problematik auch auf die vier regulären und zwei Sondersitzungen des Stadtentwicklungsausschusses ein, in denen dieser sich gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Schulen ausführlich mit dem Thema unter Prüfung verschiedener Kriterien auseinandergesetzt hat.

Beim Kriterium der Erreichbarkeit liegen die Vorteile auf Seiten des Standortes am Weidenweg und des Lokschruppenareals. Auch bei der Betrachtung der Kosten ist zu beachten, dass sowohl für das Lokschruppenareal als auch den Weidenweg Fördermittel aus Städtebaumitteln eingeworben werden können.

Die Menge der zu beseitigenden Altlasten soll am Weidenweg höher als am Lokschuppen sein, was Ratsherr Kuhnert anzweifelt. Auf jeden Fall ist die Beseitigung einer nicht unerheblichen Menge von Schadstoffen am Lokschuppenareal nötig. Nicht unerheblich sei der Zeitfaktor, da besonders Vereine, Verbände und Schulen fordern, die Schwimmhalle schnell zu bauen. Hierbei ist wieder der Standort am Weidenweg im Vorteil.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt grundsätzlich den Neubau einer Schwimmhalle. Die Fraktion wird für das Areal Lokschuppen stimmen und Ratsherr Dr. Kirchhefer führt als ausschlaggebende Gründe die gute Verkehrsanbindung an. Das Areal ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln, jedoch auch mit dem Auto oder fußläufig zu erreichen. Die Erreichbarkeit der Schwimmhalle für Schulen und Vereine ist auch positiv anzumerken. Das Schwimmbad ist weiterhin geeignet, dem denkmalgeschützten Gebäude einen besonderen Nutzen zu geben. Zudem zeigt sich der Lokschuppen in der Baukostenschätzung der Vorlage gegenüber dem Weidenweg als kostengünstiger, obwohl die Kosten für die Altlastenbeseitigung eingerechnet wurden. Insgesamt begrüßt seine Fraktion, dass der Weg für ein neues Schwimmbad gegangen wird, damit mehr Schwimm- und Badezeiten für mehr Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Ratsherr **Messner** (CDU) erläutert, dass sich seine Fraktion mehrheitlich für den Standort Weidenweg entschieden hat. Alle zu erfüllenden Kriterien – das Grundstück sollte sich in öffentlicher Hand befinden, lasten- und barrierefrei sein, verkehrsgünstig liegen und die Investitionskosten sollten sich in einem finanziell machbaren Rahmen befinden - sind gegeben. Nur zwei Standorte erfüllten diese Kriterien. Gegen den Lokschuppen sprechen die schlechte Infrastruktur, Erreichbarkeit und zu hohe Schadstoffbelastung sowie andere Altlasten. Ebenfalls sind Denkmalschutzauflagen einzuhalten. Er führt aus, in Deutschland gäbe es nicht eine Kommune, die ein Lokschuppenareal zu einer Schwimmhalle umgebaut bzw. nachgenutzt hätte. Ob Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, ist zudem ebenfalls fraglich, da die Corona-Lage für leere Kassen gesorgt hat. Er wirbt für den Standort Weidenweg, da das Grundstück sich in öffentlicher Hand befindet, zentral an einer vierspurigen Straße gelegen ist, gut erreichbar ist und eine ideale Schlechtwetteralternative für die Badegäste am Tollensesee wäre.

Ratsherr **Kuhnert** geht noch einmal den Beitrag von Ratsherrn Dr. Kirchhefer ein und erinnert, dass die Schulen und Vereine sich in den Ausschüssen eindeutig für den Standort Weidenweg ausgesprochen haben, worauf Ratsherr **Dr. Kirchhefer** erwidert, dass es ihm um die Nutzerinnen und Nutzer allgemein ginge, nicht nur um Schülerinnen und Schüler oder Vereinsmitglieder.

Ratsherr **Schnell** (AfD) informiert, dass seine Fraktion mehrheitlich für den Weidenweg stimmen wird. Unter anderem, schon Gesagtem, macht er aufmerksam auf die verhältnismäßig geringe Summe, mit der sich die Deutsche Bahn an den Kosten am Lokschuppenareal beteiligen würde. Er weist darauf hin, dass auch am Lokschuppen Parkplätze gebaut werden müssten und verweist auf den schlechten Zustand der Straßen im Vogelviertel.

Ratsherr **Gille** (SPD) bezieht sich hauptsächlich auf die Machbarkeitsstudie der k-Plan AG. Er weist auf die Kosten hin, die auf die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zukommen werden, vergleicht die Mittelwerte der verschiedenen Standorte und warnt mit Verweis auf die Kostensteigerung beim Bau der Schwimmhalle in Anklam davor, dass die geplanten Kosten bei weitem übertroffen werden können. Seine Fraktion entscheidet sich für den Standort Weidenweg, da der Standort Lokschuppenareal eine zu hohe Belastung für die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg werden kann.

Ratsherr **Giermann** (CDU) hebt noch einmal den Nutzen für die Grundschulen hervor, auf den das Augenmerk gelegt werden sollte, wenn man die Entscheidung für den einen oder anderen Standort fällt. Der Standort ermöglicht zwei Schulen den direkten Zugang, alle

Schwimmlehrer kommen zudem von der Grundschule Süd und aufgrund des kurzen Weges zum Sportgymnasium ist dieser Standort auch aus sportpolitischer Sicht die einzig sinnvolle Alternative. Seine Fraktion wird sich mehrheitlich für den Parkplatz Weidenweg als Standort der künftigen Schwimmhalle aussprechen.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) wirbt für das Lokschuppenareal, da es für ihn am wichtigsten erscheint, den Schülerinnen und Schülern der Grundschulen einen Vorteil in der Erreichbarkeit zu verschaffen und nicht den Elitesportlern, da es hauptsächlich darum gehen sollte, den Grundschulern das Schwimmenlernen zu ermöglichen. Die Nähe zum Bahnhof erscheint für die meisten Kinder unkomplizierter als der Weg zum Weidenweg. Er schließt auch nicht aus, dass das Lokschuppenareal das Potenzial hat, dass Investoren aufgrund der guten Rahmenbedingungen, die die Stadt geschaffen hat, diesen Bereich zu einem Gesundheits- und Wellnesszentrum weiterentwickeln. Er plädiert für eine Sanierung und Bebauung des Industriedenkmal.

Ratsherr Dr. **Wieland** (DIE LINKE) hält den Vergleich der Kriterien für legitim, auch den damaligen Versuch des Oberbürgermeisters, zwei Fliegen mit einer Klappe am Lokschuppenareal, nämlich Sanierung und Nutzung, zu gewährleisten. Er lobt die Nutzergruppen ausdrücklich und auch die Art und Weise, wie in der letzten Etappe die Diskussion mit ihnen umgegangen worden ist und wie sie miteinander umgegangen sind. Das sollte ausstrahlen auf künftige kommunalpolitische Vorhaben. Er bittet darum, bei der Abstimmung zu beachten, dass am Lokschuppenareal schon durch die Bau- und Grabungsarbeiten Gesundheits- und Umweltrisiken zu erwarten sind.

Bei der anschließenden Abstimmung zum Standort der geplanten Schwimmhalle entscheiden sich die Mitglieder der Stadtvertretung mehrheitlich für den Weidenweg.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 21/14/2022

TOP 15 Entgeltordnung für die öffentliche Anschlussbahn Industriegebiet Neubrandenburg (AIN) und die öffentliche Anschlussbahn Neubrandenburg-Trollenhagen (ANT)
Vorlage: BV/VII/0342

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen, drei Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 21/15/2022

TOP 16 Information zur ÖPNV-Erschließung der Neubrandenburger Innenstadt
Vorlage: INF/VII/0099

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) fordert, das Jahr 2022 zu nutzen, um gemeinsam eine Lösung für eine Innenstadtlinie zu finden und so eventuell im Haushalt für 2023 darzustellen.

Ratsherr **Lange** (SPD) sieht eher Bedarf, das Wohngebiet „Am Steep“ besser an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden, als die Innenstadt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) führt aus, dass vom Landkreis eine Innenstadtlinie eingefordert werden müsse, da dieser für den ÖPNV zuständig sei und die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg als große Kreisumlage-Zahlerin auch Ansprüche an den Landkreis geltend machen sollte.

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wertet die Aufnahme der Innenstadtlinie in den Nahverkehrsplan als Erfolg.

Ratsherr **Schnell** (AfD) appelliert an die Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen, das Thema Innenstadtlinie im März 2022 und in den folgenden Kreistagssitzungen auf die Tagesordnung zu bringen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, dankt Ratsherrn Prof. Dr. Northoff an dieser Stelle für die bisherige gute Zusammenarbeit als aktives Mitglied in dieser Stadtvertretung und wünscht ihm für die Zukunft und seine weitere politische Laufbahn alles Gute.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 18:40 geschlossen.

gez.
Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez.
Heike Witt
Protokoll